

# Sächsische Vorfzeitung und Elbgaupresse

Verleger: Rudolf Dreyer Nr. 51 507  
 Red.-Büro: Elbgaupresse Dresden

mit Loschwitzer Anzeiger

Danzig-Kont.: Gustav Dreyer, Grosse Poststr. Nr. 608  
 Postfach-Kont.: Nr. 517 Dresden

Tageszeitung für das östliche Dresden und seine Vororte.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Rates zu Dresden für die Stadtteile Blasewitz, Loschwitz, Weißer Hirsch, Bählan, Rochwitz und Laubegast (II. und III. Verwaltungsbezirk) der Gemeinden Wachwitz, Niederpöritz, Gostrowitz, Pillnitz, Weißig und Schönfeld, sowie der Amtshauptmannschaft Dresden.

Verlag: Elbgaupresseverlag und Verlagsanstalt Hermann Dreyer & Co., Dresden-Blasewitz. — Verantwortlich für Lokales Carl Drache, für den übrigen Inhalt Eugen Werner, beide in Dresden.

Ercheint täglich mit den Beilagen: Kunst, Fremden- und Kurliste, Leben im Bild, Agrar-Warte, Radio-Zeitung, Anzeigen werden die gespaltenen Zeilen mit 20 Goldpfennigen berechnet, Resten die 4 gespaltenen Zeilen monatlich, und neuer Zeit, Neben-Zeitung, Schallplattenbogen. Der Bezugspreis beträgt frei ins Haus mit 50 Goldpfennigen. Anzeigen u. Reklamen mit Plakatschriften und schwierigen Satzarten werden mit 50% monatlich, Nr. 1. 50, durch die Post ohne Zustellgebühr monatlich Nr. 2. — Für Fälle des Gewalt, Krieg, Streik usw. hat der Verlag keinen Anspruch auf Lieferung bzw. Nachlieferung der Zeitung od. Nachzahl d. Lesegeldes. Druck: Clemens Landgraf Nachf., Dresden-Friedrichsplatz. Bei unregelmäßiger Abnahme ist Nachzahlung beizufügen. Für Anzeigen, welche durch Turnipr. aufgegeben werden, kann ein Verantw. bez. der Richtigkeit nicht übernommen werden. Redaktion und Expedition: Blasewitz, Loschwitzer Str. 4, 87. Jahrgang

## Wege zur Milderung der Arbeitslosigkeit

Nach Amerika gefunkte deutsche Weihnachtsgrüße — Kapitänleutnant Ehrhardt völlig amnestiert — Die Türkei führt Mosfals wegen keinen Krieg — Entscheidende Wendung des Kriegsglücks in China

### Luthers Weihnachtswunsch u. Hoffnung

Reichskanzler Dr. Luther hat der „Effener Allgem. Ztg.“ folgenden Weihnachtswunsch zur Verfügung gestellt:

„Für die Stadt Essen und für den ganzen Ruhrbezirk steht das diesjährige Weihnachtsgeld im Rahmen ernster wirtschaftlicher Not. Besonders die Erwerbslosen und die Gewerbetreibenden, deren Geschäfte darniederliegen, werden auch am heiligen Abend die sie bedrückende Sorge nicht ganz zu bannen vermögen. Und doch sollte uns allen der

#### Ausblick in die Zukunft

auch im jetzigen Notwinter die Grundlage für eine Stimmung voll Weihnachtstfreude geben. Am Ausgang der schweren Krise, die wir jetzt durchleben, und die in ihrer Hauptwirkung

#### eine Bekundungskrise

ist, wird das deutsche Wirtschaftsleben auf nunmehr dauerhafter Grundlage wieder erstarren. Das freilich wird nur eintreten, wenn die Verwirklichung eines wahrhaften Friedens zwischen den Völkern allgemeines Vertrauen zur Beständigkeit der wirtschaftlichen Dinge weckt. Darum muß und wird jede Reichsregierung an dem Ausbau und der

#### Festigung eines wirklichen Friedens

arbeiten, und jeder deutsche Volksgenosse sollte ihr dabei tatkräftige Unterstützung gewähren. Mit dem festen Vertrauen auf die Leistungsfähigkeit des deutschen Volkes können wir dann hoffnungsvoll als unsern Leitstern dem alten heiligen Leisten folgen: Friede auf Erden und den Menschen ein Wohlgefallen.“

#### Deutsche Politiker an Amerika

Bermittelt in Deutschland hergestellter besonderer Schallplatten verbreitete die Weltfunkhaus-Gesellschaft durch ihre Rundfunkstationen in Pittsburg, Chicago, New York, Springfield (Massachusetts), Hartford (Connecticut) die deutschen Weihnachtsbotschaften des Außenministers Dr. Stresemann, des früheren Staatssekretärs Dr. Bredow, des Reichspräsidenten Ebert und Dr. Eckener an das amerikanische Volk. Die Botschaften wurden englisch wiederholt. Dr. Stresemann erklärte in seiner Botschaft, die starke, gesunde amerikanische Nation sei wie kaum eine andere berufen, ein festes Fundament für die künftige weltpolitische Entwicklung zu schaffen. Die amerikanischen Bürger möchten es als ihre Aufgabe ansehen, starke und weise Förderer humanitärer Ideale zu bleiben. Staatssekretär Dr. Bredow betonte, daß die größte Bedeutung des Funkwesens in der Möglichkeit liege, die Nationen der Welt einander näher zu bringen. Die Rundfunkstationen verbreiteten auch musikalische Darbietungen von Mitgliedern der Berliner Staatsoper sowie anderer Künstler. Es war das erstmalig, daß eine derartige Weitergabe von Reden usw. in Amerika erfolgte. Es wurde versucht, das Programm nach Deutschland zurückzuführen. Alle New Yorker Blätter haben die Weihnachtsbotschaft abgedruckt.

### Wie kann der Erwerbslosigkeit gesteuert werden?

#### Sachsen schafft Arbeitsmöglichkeit

Das Arbeits- und Wohlfahrtsministerium hatte Vertreter der Reichs- und Staatsbehörden, sowie der Gemeinden und der kommunalen Kreditinstitute für den 22. d. Mts. zu einer Sitzung im Ministerialgebäude aufgerufen, um über Mittel und Wege zur Linderung der Erwerbslosennot zu beraten. Arbeitsminister Eisner, der den Vorsitz führte, wies einleitend auf die starke Steigerung der Erwerbslosenzahl hin, die im Reich seit dem 15. Dezember um 41 Prozent zugenommen habe.

In einzelnen sächsischen Gemeinden aber sogar um 100 bis 120 Prozent

gewachsen sei. Für die nächsten Wochen sei noch mit einer weiteren Steigerung der Erwerbslosenzahl zu rechnen, und da für die unterstützende Erwerbslosenfürsorge finanzielle Mittel nicht in ausreichendem Maße zur Verfügung ständen, gelte es, zu überlegen, wie weit durch Notstandsarbeiten die Not der Erwerbslosen wenigstens gelindert werden könnte.

Oberregierungsrat Dr. Schude hielt ein kurzes Referat über die Maßregeln, die bisher zur Unterhaltung der Erwerbslosen von Reich und Staat ergriffen worden sind.

Die Hauptbedeutung der Fürsorge liege in der Beschaffung von Arbeitsmöglichkeiten. Mittel für die produktive Erwerbslosenfürsorge seien bereits in den laufenden Etat eingeplant worden, sie seien aber nicht mehr sehr bedeutend und würden sehr bald aufgebraucht sein, wenn nicht in großartigiger Weise Verstärkung erfolge.

Aufgabe der heutigen Aussprache sei, Klarheit darüber zu schaffen, welche

#### Notstandsarbeiten

zurzeit von den einzelnen Ministerien beabsichtigt seien, und für welche Bauten, die für später geplant seien, schon jetzt Mittel käuflich gemacht werden könnten. Dazu sei allerdings in manchen Fällen eine Mitwirkung der Parlamente erforderlich. Am besten Wille zur Ausschüttung von Notstandsarbeiten fehlte es auch bei den Gemeinden nicht, aber sie seien finanziell nicht alle in der Lage, solche Arbeiten durchzuführen. Da müßten Staat und Reich eintreten, aber diese Hilfe dürfte natürlich nicht zu einer verheerenden Zuschußwirtschaft führen.

In der sehr eingehenden Aussprache wurde von den verschiedensten Seiten anerkannt, daß bei den Gemeinden durchaus der gute Wille vorhanden sei, Notstandsarbeiten auszuführen zu lassen, daß es aber durchgehend an den finanziellen Mitteln zur Ausführung fehle.

Sollte den Gemeinden die Vergabung von Notstandsarbeiten zur Pflicht gemacht werden, so müßten sie unbedingt finanzielle Hilfe vom Staat erhalten. Auslandsdarlehen könnten nur unter schweren Bedingungen und für im engsten Sinne produktive Aufgaben angenommen werden. Eine sehr beachtenswerte Anregung ging dahin, daß der Staat den Bezirksverbänden den auf sie entfallenden Anteil an den Bauauskosten einweilen vorschaufweise zur Verfügung stellen möchte, damit die für das Etatsjahr 1926 in Aussicht genommenen Bauten bereits jetzt in Angriff genommen werden könnten.

Ein Vertreter der Reichspostverwaltung stellte mit, daß die Bauausgaben für 1926 bereits jetzt hinausgegeben worden seien, damit die Fabriken sich daran einrichten und pünktlich liefern könnten.

Ein Vertreter der Reichsbahnverwaltung erklärte, der Bedarf an rollendem Material sei im wesentlichen gedeckt, die Industrie könne also auf größere Auslastung aus diesem Gebiete nicht rechnen.

Auf eine Anfrage aus der Versammlung stellte Arbeitsminister Eisner mit, daß im nächsten Etatsjahre für den Kleinwohnungsbaun durch Steigerung der Mietsteuern auf 20 Prozent etwa 85 Millionen

Mark zur Verfügung stehen würden. Eine Vorlage über Erhöhung der Mietsteuern werde dem Landtage in der ersten Hälfte des Januar zugehen.

Finanzminister Dr. Reimold bezeichnete es als eine wesentliche Aufgabe des Finanzministeriums, durch

#### Kredithilfe

dazu beizutragen, daß weitere Betriebsstillegungen vermieden würden. Das Finanzministerium sei bereit, für das nächste Jahr vorzusehende Bauten schon jetzt in Angriff nehmen zu lassen, soweit das staatlich möglich sei. Es handele sich dabei um

#### zwei große Talsperren,

bei Grimmitzschau und bei Weitzersdorf. Auf Vorkommen der Bahnbauten Burgen-Eisenburg und Gunwalde-Elbau habe Sachsen der Reichsbahn gegenüber ein flagbares Recht. Man dürfe diese halb fertigen Bauten nicht verlassen lassen, während Tausende von Erwerbslosen nach Arbeit verlangten. Er hoffe, daß das Reich wenigstens eine der beiden Linien im nächsten Etatsjahre fertigstellen werde. Sachsen werde die für 1926 geplanten

#### Strassenbauten

schon jetzt beginnen lassen. Er selbst sei bereit, beim Kabinett zu beantragen, daß Gemeinden, in denen die Arbeitslosigkeit besonders groß sei, die Summe von zwei Millionen Mark zur Linderung der Erwerbslosennot zur Verfügung gestellt werde. Die Gewährung eines höheren Betrages sei nicht möglich, denn die seit der Stabilisierung unserer Währung angekauften Gelder seien unter der Rot der letzten Monate stark zusammengefallen.

Die Wirtschaftskrise müsse aus sich selbst heraus überwunden werden, die Regierung könne nur hindern.

Arbeitsminister Eisner versicherte, daß von der Regierung aus alles, was möglich sei, geschehen werde, um die Arbeitslosigkeit zu verringern.

#### Eine Notstandsaktion des Reiches

Die Reichsregierung ist sich darüber schlüssig geworden, daß die Erwerbslosenunterstützung zur Linderung der ungeheuren Katastrophe zunehmender Arbeitslosigkeit nicht mehr ausreicht. Sie ist zu der Ueberzeugung gelangt, daß

#### Notstandsarbeiten größten Stills

zur Beschäftigung der Erwerbslosen eingeleitet werden müssen. Im letzten Etatsjahre sind 100 Millionen Mark beim Haushalt des Reichsarbeitsministeriums, die in erster Linie als Zuschuß zu Notstandsarbeiten im Falle zunehmender Erwerbslosigkeit gedacht gewesen sind. Dieser Hundert-Millionen-Fonds ist im Verlaufe des letzten Jahres erst ganz wenig in Anspruch genommen worden. Die Reichsregierung will deshalb unmittelbar nach den feststehenden Bestimmungen über die unverzügliche Verteilung des noch ziemlich erheblichen Restes dieser Summe an Länder und Gemeinden zwecks Einleitung von Notstandsarbeiten abhalten. Bei dieser wichtigen Konferenz soll auch die Frage zur Entscheidung gebracht werden, in welchem Umfange das Reich weitere Mittel für Notstandsarbeiten unverzüglich klüffig machen kann.

### Die französische Fremdenlegion

Von Rittmeister a. D. Wilh. v. Trotha. Frankreichs nie zu befriedigender Imperialismus treibt Blüten, die in ihren Früchten zu einer Weltgefahr ausarten drohen. Denn die ins Ungemessene sich steigende Aushebung und Ausbildung farbiger und der Wille Frankreichs, aus „weißen und farbigen Franzosen“ nun „ein Heer“ zu schaffen, ist von so ungeheurer Tragweite, daß man das Ende nur mit einem gelinden Grausen ansehen kann. Die heutige französische farbige Friedensarmee hat eine Stärke von 240 000 Mann, einschließlich der weißen Vorgesetzten, erreicht. Die Aushebungen aus den für Frankreich in seinem Kolonialreiche geschaffenen Rekrutentländern gehen ständig voran, und um diese Länder vor Unruhen zu schützen, hat Frankreich sich in der „Fremdenlegion“ eine weiße Schutztruppe geschaffen.

Man sagt nicht zuviel, wenn man diese Einrichtung ein „modernes Sklaventum“ nennt. Die ganze Fremdenlegionsfrage ist nachgerade ein „öffentlicher europäischer Skandal“ geworden. Schon vor dem Kriege hatte man sich in Deutschland mehr und mehr mit dieser Frage zu beschäftigen begonnen und den „Schuhbund gegen die Fremdenlegion“ ins Leben gerufen. Jetzt nach dem Kriege hat man in Deutschland weder offiziell noch privotaim Geld, den Abwehrbund von neuem ins Leben zu rufen, der so dringend nötig wäre, wie kaum ein anderer, wo schäunungsweise heute etwa 15 000 bis 20 000 Deutsche in die Fremdenlegion zum größten Teile hineingepreßt sind.

Schon das ganze verlogene und brutale Werbewesen zeugt von einem kulturellen Tiefstand, den wir Deutsche nicht verhehlen. Schamlose Lüge und Betrug sind die Mittel, mit denen gearbeitet wird. Unter Mißbrauch der Genehmigung, daß Deutschland Arbeiter zum Aufbau nach Nordfrankreich, in das von Frankreich und England in erster Linie zerstörte Kriegsgebiet entsendet, wird Arbeitslosen ein „Arbeitsvertrag“ in französischer Sprache vorgelegt, den die Leute in Unkenntnis der französischen Sprache unterschreiben. Erst zu spät werden sie gewahr, daß sie einen Verpflichtungsschein für die französische Fremdenlegion unterschrieben haben.

Es ist zuzugeden, daß die Nachrevolutionenregierung einen Teil Schuld an den Zuständen trägt. In keiner Weise hat sie der Gefahr einen Riegel vorgeschoben, im Gegenteil! Sie weigert sich nicht einmal, die Kosten für die im besetzten Gebiete errichteten offiziellen französischen Werbeparas für die Fremdenlegion zu bezahlen. Nicht einmal einen Protest hat bisher irgendeine Regierung dagegen eingelegt.

Im Jahre 1924 hat Frankreich den Propagandafonds für die besetzten deutschen Gebiete und die Werbeparas um 200 Millionen Goldfranken erhöht, um die nötige Zahl von Rekruten zu erhalten. Die Hauptlammstellen außerhalb Deutschlands, von denen aus die Rekruten nach Marseille zum späteren Abtransport nach Afrika gebracht werden, sind Mek, Strahburg im Elsaß, Zabern und — man höre und staune — Graudenz, Rattowitz und Memel!

Deutsche Zeitungen im besetzten Gebiet wurden gezwungen, folgende Anzeige auf